



DIE TÜRKISCHEN JOURNALISTEN HÄNGEN AM SEIDENEN FADEN:

GEMEINSAME INTERNATIONALE
PRESSEFREIHEITSMISSION IN DIE TÜRKEI

(6. - 9. OKTOBER 2020)

BERICHT ZUR PRESSEFREIHEITSMISSION

#FreeTurkeyJournalists



This project is funded by the European Union

Die türkischen Journalisten hängen am seidenen Faden:

GEMEINSAME INTERNATIONALE PRESSEFREIHEITSMISSION IN DIE TÜRKEI 6. - 9. OKTOBER 2020
BERICHT ZUR PRESSEFREIHEITSMISSION

Veröffentlicht von:

International Press Institute (IPI)

Spiegelgasse 2/29, 1010 Vienna, Austria | +43 1 5129011 | info@ipi.media | ipi.media

Dieser Bericht wurde aus dem Englischen von Julia Rieser übersetzt

Dieser Bericht wurde vom International Press Institute mit Unterstützung der Association of European Journalists (AEJ), des Committee to Protect Journalists (CPJ), des European Centre for Press and Media Freedom (ECPMF), der European Federation of Journalists (EFJ), des Osservatorio Balcani Caucaso Transeuropa (OBCT), PEN International, Reporter without Borders (RSF) und der South East Europe Media Organisation (SEEMO) erstellt.



International
Press
Institute



Dieser Bericht, der als Teil der #FreeTurkeyJournalists-Kampagne IPIs veröffentlicht wird, wird von der Europäischen Union und dem Schwedischen Generalkonsulat in Istanbul finanziell unterstützt.



This project is funded by the European Union

Inhalt

EINFÜHRUNG.....	4
ÜBERBLICK ÜBER DIE WICHTIGSTEN ENTWICKLUNGEN 2019/2020	5
TEILNEHMER.....	7
TREFFEN	8
ZUSAMMENFASSENDEN SCHLUSSFOLGERUNGEN	9
SCHLÜSSELFRAGEN	13
I. Verhaftungen, körperliche Übergriffe und Ermittlungen.....	13
II. Gerichtliche Unabhängigkeit.....	15
III. Manipulation der Regulierungsorgane.....	19
Agentur für Pressewerbung (BİK).....	19
Hoher Rundfunk- und Fernsehrat (RTÜK)	20
Behörde für Informations- und Kommunikationstechnologien (BTK)	22
IV. Social-Media-Gesetz	23
V. Internationale Diplomatie.....	27

Einführung

Elf internationale Organisationen für Meinungsfreiheit, Journalisten und Menschenrechte führten vom 6. bis 9. Oktober 2020 eine gemeinsame Pressefreiheitsmission in der Türkei durch, bei der sie mit Medienvertretern, Mitgliedern der Zivilgesellschaft, Justiz- und Regulierungsbehörden, Parlamentsabgeordneten und Repräsentanten diplomatischer Vertretungen zusammentrafen, um den Stand der Medienfreiheit im Land zu überprüfen.

Die Pressefreiheitsmission wurde im Anschluss an die Covid-19-Pandemie, die drastische Zunahme gezielter Angriffe auf die Medien durch Regulierungsbehörden, vermehrte körperliche Übergriffe auf Journalisten und ein neues restriktives Gesetz über soziale Medien organisiert. Das Gesetz über die sozialen Medien könnte die verbleibenden Spielräume für unabhängige Berichterstattung und öffentliche Kommentare weiter einschränken.

Die Pressefreiheitsmission bot auch Gelegenheit zu beurteilen, wie sich die Situation in den 13 Monaten seit einem früheren Besuch im September 2019 entwickelt hat. Der frühere Besuch konzentrierte sich auf die Untersuchungshaft, Gerichtsverfahren, den Missbrauch des Anti-Terror-Gesetzes um kritische Journalisten ins Visier zu nehmen sowie die Möglichkeit der Justizreformstrategie, signifikante Veränderungen zu bewirken.

Diese Themen wurden im Pressefreiheitsmissionsbericht 2019 „Turkey's Journalists in the Dock: Judicial Silencing of the Fourth Estate“ ausführlich dargelegt.

Überblick über die wichtigsten Entwicklungen 2019/2020

Seit der Pressefreiheitsmission 2019 haben wir die folgenden Entwicklungen gesehen:

- Im Oktober 2019 führte die Justizreformstrategie eine leichte Verschärfung der Definition terroristischer Propaganda und eine Ausweitung des Rechts auf Berufung für diejenigen ein, die zu einer Haftstrafe von weniger als fünf Jahren verurteilt wurden.¹ Die türkischen Behörden haben es jedoch versäumt, die grundlegende Frage der richterlichen Unabhängigkeit zu klären, und ignorierten die zentrale Herausforderung, das System zur Ernennung der Mitglieder des Rates der Richter und Staatsanwälte (HSK) zu reformieren, das für die Ernennung, Förderung und Disziplinierung von Richtern und Staatsanwälten zuständig ist. Das gegenwärtige System, in dem der Präsident und die Regierungspartei die überwiegende Mehrheit der 13 Vorstandsmitglieder ernennen, ermöglicht eine direkte exekutive Einflussnahme auf die Laufbahn von Richtern und Staatsanwälten.
- Trotz klarerer Grenzen für die Dauer der Untersuchungshaft werden Journalisten weiterhin willkürlich festgenommen und monatelang wegen ihrer journalistischen Tätigkeit inhaftiert. Das prominenteste Beispiel war die Verhaftung von sechs Journalisten im März 2020 wegen „Enthüllung des Namens eines nationalen Geheimagenten“ nach der Berichterstattung über den Tod des Agenten in Libyen und seiner Beerdigung.² Obwohl die Identität des Agenten bereits im Parlament bekannt gegeben worden war, wurden die Journalisten mehrere Monate lang festgehalten, bis im September fünf von ihnen für schuldig befunden wurden, bevor sie bis zur Berufung freigelassen wurden.³
- Trotz der revidierten Definition von terroristischer Propaganda wird dieser Straftatbestand weiterhin zur Kriminalisierung und strafrechtlichen Verfolgung von Journalisten verwendet.

¹ Justizreformstrategie, [TR] https://sgb.adalet.gov.tr/Resimler/SayfaDokuman/23122019162931YRS_TR.pdf

² „Murat Ağirel und zwei weitere Journalisten wurden wegen Berichten über Tod von MIT-Beamten in Libyen verhaftet“, BBC Turkish <https://www.bbc.com/turkce/haberler-turkiye-51789318>

³ „Journalisten freigelassen nach letzter Anhörung über Enthüllung des Todes eines MIT-Beamten in Libyen“, Medyascope <https://medyascope.tv/2020/09/09/libyada-hayatini-kaybeden-mit-mensubunun-ifsasi-davasinda-karar-durusmasi-goruldu-tutuklu-gazeteciler-serbest-birakildi/>

- Im Allgemeinen droht öffentlicher Kritik an Themen, die für die Regierung heikel sind, strafrechtliche Verfolgung. Journalisten, die z.B. über die militärischen Aktivitäten der Türkei in Syrien oder Libyen berichten, wurden einer Reihe von Verbrechen angeklagt, darunter Verstöße gegen das Geheimhaltungsgesetz oder das Schüren von Hass.
- Die Rundfunkaufsichtsbehörde Hoher Rundfunk- und Fernsehrat (RTÜK) hat Geldstrafen gegen unabhängige Rundfunkanstalten wie Halk TV, TELE1, KRT und Fox TV⁴ verhängt und bedroht damit ihre Betriebserlaubnis.
- Die öffentliche Werbeagentur, BİK, hat auch zu einem starken Anstieg der Werbeverbote für unabhängige Zeitungen geführt, wodurch eine wichtige Einkommensquelle wegfiel, die die Rentabilität der Zeitungen bedroht.
- Die Sicherheit inhaftierter Journalisten wurde von der Regierung in Gefahr gebracht durch das Bewährungsgesetz vom April 2020. Angesichts der Covid-19-Gefahr sah das Gesetz die vorzeitige Freilassung von Zehntausenden von Gefangenen vor, um die überfüllten Gefängnisse zu entlasten. Jedoch schloss die Maßnahme Personen in Untersuchungshaft sowie jene aus, die wegen terrorismusbezogener Verbrechen, Spionage oder Verbrechen gegen die Geheimdienste verurteilt wurden. Gerade diese Gesetze werden häufig zur strafrechtlichen Verfolgung von Journalisten herangezogen.⁵
- Das Social-Media-Gesetz, das im Juli im Eiltempo durch das Parlament gebracht wurde und am 1. Oktober in Kraft trat, verpflichtet Social-Media-Unternehmen zur Einrichtung einer rechtlichen Vertretung in der Türkei und zur Übermittlung der persönlichen Daten aller türkischen Nutzer an Server im Land. Würden die Unternehmen das Gesetz einhalten, würden sie zu einer Erweiterung des staatlichen Zensurapparats. Die Nichteinhaltung könnte zur Blockierung ihrer Dienste in der Türkei führen.

Die Zahl der inhaftierten Journalisten ist von 170, dem Höchststand im Jahr 2017, deutlich zurückgegangen. Das International Press Institute (IPI) zählte 77 Journalisten, die Anfang Oktober 2020 hinter Gittern saßen. Trotz dieser „Fortschritte“ ist die Türkei nach wie vor eines der weltweit größten Schreckgespenster für Journalisten. Währenddessen sehen sich Hunderte weitere von ihnen angesichts einer kompromittierten Justiz, die Journalisten das Recht auf einen fairen Prozess verweigert, weiterhin mit Strafverfolgung und Reiseverboten konfrontiert.

⁴ RTÜK-Entscheidungen des Hohen Rates <https://www.rtuk.gov.tr/ust-kurul-kararlari>

⁵ „Bewährungsgesetz im Amtsblatt: Möglichkeit rund 90.000 Personen freizulassen“, BBC Turkish <https://www.bbc.com/turkce/haberler-turkiye-52269724>

Der Rückgang der inhaftierten und strafrechtlich verfolgten Journalisten ist zum Teil das Ergebnis des Abschlusses von Verfahren, die nach dem gescheiterten Staatsstreich von 2016 eröffnet wurden. Er ist auch ein Zeichen dafür, wie erfolgreich die Medien mundtot gemacht wurden.

In jüngerer Zeit hat sich das Schlachtfeld um die Kontrolle der Medien von den Gerichten zu den Medienaufsichtsbehörden verlagert, deren Unabhängigkeit von den Behörden aufgehoben. In der Folge wurden sie instrumentalisiert, um kritische Medien ins Visier zu nehmen. Das hat zusammen mit der staatlichen Vereinnahmung zuvor unabhängiger Medien durch Eigentumsübertragungen dafür gesorgt, dass unabhängige Stimmen weiter erstickt werden.



Die Zahl der inhaftierten Journalisten ist von 170, dem Höchststand im Jahr 2017, deutlich zurückgegangen. Das International Press Institute (IPI) zählte 77 Journalisten, die Anfang Oktober 2020 hinter Gittern saßen. Trotz dieser „Fortschritte“ ist die Türkei nach wie vor eines der weltweit größten Schreckgespenster für Journalisten.

Teilnehmer

Die Pressefreiheitsmission wurde vom International Press Institute (IPI) einberufen und setzte sich aus Vertretern von ARTICLE 19, der Association of European Journalists (AEJ), dem Committee to Protect Journalists (CPJ), dem European Centre for Press and Media Freedom (ECPMF), der European Federation of Journalists (EFJ), Human Rights Watch (HRW), Osservatorio Balcani Caucaso Transeuropa (OBCT), PEN International, Reporters without Borders (RSF) und der South East Europe Media Organisation (SEEMO) zusammen.

Treffen

Vom 6. bis 9. Oktober fanden in Istanbul, Ankara und online Treffen mit den folgenden Gruppen statt:

- In der Türkei ansässige zivilgesellschaftliche Organisationen, die Journalisten und Menschenrechtsgruppen vertreten
- Führende Journalisten und Medienmitarbeiter
- Parlamentarier dreier Oppositionsparteien (CHP, İYİ Partei, HDP)
- Das Verfassungsgericht (TCC)
- Das Justizministerium, Abteilung Menschenrechte
- İlhan Taşçı, CHP-Mitglied der Rundfunkaufsichtsbehörde (RTÜK)
- Die Delegation der Europäischen Union
- 17 diplomatische Vertretungen, die von der britischen Botschaft empfangen wurden

Aufgrund von Reisebeschränkungen wurden die Treffen in einem Hybridformat abgehalten, wobei in der Türkei ansässige Vertreter persönlich an den Treffen teilnahmen, während internationale Vertreter den Treffen online beiwohnten.

Wir möchten unseren Dank an alle diejenigen aussprechen, die ihre Zeit sowohl für die Treffen mit der Delegation als auch für die Teilnahme an diesen vier Tagen zur Verfügung gestellt haben.



Treffen mit führenden Journalisten, 6. Oktober 2020



Treffen mit lokalen NGOs, 6. Oktober 2020

Zusammenfassende Schlussfolgerungen

Eine Pressekonferenz wurde nach der Mission am Mittwoch, 14. Oktober auf Englisch und Türkisch abgehalten. Die nachfolgende Presseaussendung fasste die Ergebnisse der Mission zusammen:

Beeinträchtigte Unabhängigkeit türkischer Institutionen erstickt Pressefreiheit

Elf internationale Menschenrechtsgruppen schließen Pressefreiheitsmission in der Türkei ab

Turkey's press freedom crisis is worsening amid growing state capture of media, the lack of independence of regulatory institutions, and a new social media law designed to clamp down on the remaining spaces for free comment, a coalition of 11 international press freedom, journalism and human rights groups warned following a four-day mission to the country last week. They also flagged the continued jailing and prosecution of journalists as well as ongoing concerns over the safety of journalists and judicial independence.

Inhaftierung von Journalisten und Bedrohung ihrer Sicherheit

Zahlreiche Journalisten sitzen in der Türkei hinter Gittern oder müssen sich vor Gericht für ihre Arbeit verantworten. Staatliche Behörden instrumentalisieren nach wie vor ein Justizsystem, das grundlegende Rechte vor Gericht nicht garantiert. Der Mangel an politischem Willen, dieses seit 2016 weitgehend unveränderte Modell zu unterbinden, ist äußerst beunruhigend. Die Gerichtsentscheidung dieses Monats, den ehemaligen Cumhuriyet-Redakteur Can Dündar zum Flüchtigen zu erklären und sein Vermögen zu beschlagnahmen, steht symbolisch für die unerbittliche Verfolgung kritischer Stimmen und stellt eine neue Form des Angriffs auf Journalisten dar, indem das Privateigentum von Journalisten und ihren Familien als Vergeltung für ihre legitime journalistische Arbeit beschlagnahmt wird.

Bei einem Treffen mit der Menschenrechtsabteilung des Justizministeriums in Ankara riefen die Delegationsmitglieder die Behörden auch dazu auf, die Strafverfolgung derer, die für physische Angriffe auf Journalisten verantwortlich sind, die vor allem in lokalen Gebieten zunehmen, zu garantieren.

Die Sicherheit von Journalisten ist nach wie vor dadurch ernsthaft bedroht, dass die Türkei Journalisten und politische Gefangene von einem früher dieses Jahres angekündigten Programm zur vorzeitigen Entlassung effektiv ausgeschlossen hat. Ziel dieses Programmes ist es, eine Überfüllung der Gefängnisse im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie zu vermeiden. Journalisten, die bereits ihrer Freiheit beraubt sind, sehen sich somit einer ernststen Gefahr für ihre Gesundheit ausgesetzt.

Schwächung der Unabhängigkeit der Gerichte

In der Zwischenzeit haben die türkischen Behörden in den letzten Monaten ihre Bemühungen, die Presse zum Schweigen zu bringen, ausgeweitet, indem sie die Online-Zensur durch das neue, auf soziale Medien abzielende Gesetz verschärften, die parteiischen Regulierungsbehörden mobilisierten und eine neue Offensive gegen die Unabhängigkeit der Justiz gestartet haben, die sich gegen das türkische Verfassungsgericht (TCC) richtet. An dem Tag, an dem sich die Delegation mit dem TCC und dem Justizministerium traf, kündigte der Justizminister seine Unterstützung für die „Umstrukturierung“ des TCC im Einklang mit dem Präsidialsystem des Landes an.

Der von der rechtsnationalistischen MHP-Partei initiierte und von Präsident Erdogan unterstützte Vorschlag würde jegliche Unabhängigkeit des TCC untergraben, das trotz Verzögerungen bei der Entscheidungsfindung und gelegentlichem Versagen der unteren Gerichte bei der Umsetzung ihrer Urteile immer noch ein wesentlicher Garant für die in der Verfassung verankerten Grundrechte, einschließlich der Pressefreiheit, ist.

Das ist von entscheidender Bedeutung, angesichts der Bedenken, dass der allgemeine Mangel an richterlicher Unabhängigkeit in der Türkei das harte Vorgehen der Regierung gegen die Presse begünstigt hat.

Unabhängig davon forderte die Delegation bei ihrem Treffen mit dem TCC das Gericht nachdrücklich auf, Fällen von Pressefreiheit, einschließlich Fälle im Zusammenhang mit der Sperrung von Webseiten, größere Priorität einzuräumen, wobei sie feststellte, dass viele dieser Fälle anhaltende Rechtsverletzungen beinhalten. Die Delegation drängte das Gericht auch dazu, Pilotfälle auszuwählen, die Präzedenzfälle schaffen können, anhand derer sich die unteren Gerichte orientieren können, und sich mit dem Problem zu befassen, dass die unteren Gerichte Urteile des Verfassungsgerichts ignorieren, was eine ernsthafte Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit darstellt. Die Delegierten sprachen auch das anhaltende Problem der strafrechtlichen

Verleumdungsgesetze der Türkei und die Notwendigkeit klarer Urteile des TCC in Verleumdungsfällen an, um das Recht auf Meinungsfreiheit zu gewährleisten.

Vernichtende Kritik an sozialen Medien

Bei ihrem Treffen mit dem Justizministerium äußerte die Delegation erneut heftige Kritik am Social-Media-Gesetz, das am 1. Oktober in Kraft getreten ist und den Weg für eine stärkere Online-Zensur ebnet. Social-Media-Plattformen sowie Online-Nachrichtenseiten gehören zu den letzten Bastionen für kritischen Journalismus in der Türkei nach der staatlich geführten Übernahme der Mainstream-Medien. Während die Regierung behauptet, die Maßnahme beruhe auf „ähnlichen“ Gesetzen in westlichen Ländern, fehlt es den türkischen Gerichten und Regulierungsbehörden an der nötigen Unabhängigkeit, um einen Missbrauch des Gesetzes zu verhindern. In der Praxis könnte das Gesetz daher als neues Instrument dienen, Kritiker online zum Schweigen zu bringen.

Die Reaktion der Social-Media-Unternehmen ist nach wie vor ungewiss, aber die Mitglieder der Delegation befürchten, dass diese Unternehmen, sollte das Gesetz in seiner jetzigen Form umgesetzt werden, faktisch zu einer Erweiterung des Zensurapparats der Regierung werden und den Aufforderungen zum Löschen von Inhalten ohne die Möglichkeit einer unabhängigen Überprüfung nachkommen würden.

Politische Manipulation von Regulierungsbehörden

Die Delegation fordert ein Ende des Missbrauchs staatlicher Regulierungsbehörden, einschließlich des Hohen Rates für Radio und Fernsehen (RTÜK) und der Behörde für Pressewerbung (BİK), um unabhängige Medien zu sanktionieren und finanziell zu schwächen. Der RTÜK hat eine Kampagne von Geldstrafen und Sendeverböten für unabhängige Fernsehsender eingeleitet. Während das Büro des RTÜK-Vorsitzes den Antrag der Delegation auf ein Treffen ablehnte, empfing İlhan Taşçı, ein Mitglied der Opposition, die Delegation und stimmte ihrer Besorgnis über den gezielt politisch motivierten Angriff auf kritische Sender zu. Unterdessen hat BİK, mit dem sich Anfang dieses Jahres Pressefreiheitsgruppen trafen, zunehmend falsche staatliche Werbeverbote für kritische Zeitungen erlassen. Sowohl RTÜK als auch BİK werden wirksam von der Regierung kontrolliert und weisen einen beklagenswerten Mangel an Unabhängigkeit auf, obwohl sie nominell unabhängige Institutionen sind.

Internationale Besorgnis über Bedrohungen der Redefreiheit und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei

Die Delegation traf auch mit Vertretern von 17 diplomatischen Vertretungen in der Türkei zusammen – ein Zeichen der weltweiten Besorgnis über Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei – sowie mit der Delegation der Europäischen Union. Die Mitglieder der Pressefreiheitsdelegation begrüßen die jüngsten, ungeschminkten Ergebnisse des EU-Fortschrittsberichts über die Türkei, der einen „ernsthaften Rückschritt“ bei der Meinungsfreiheit hervorhebt. Aber die internationale Gemeinschaft muss ihre bilateralen und multilateralen Bemühungen verstärken, um die Türkei wieder in den Kreis der Länder zurückzubringen, die die Rechtsstaatlichkeit respektieren. Menschenrechtsfragen, einschließlich der Pressefreiheit, dürfen nicht zur Geisel geopolitischer Entwicklungen gemacht werden.



SEHEN SIE SICH DIE AUFZEICHNUNG
DER PRESSEKONFERENZ [HIER AN](#)

Schlüsselfragen

I. Verhaftungen, körperliche Übergriffe und Ermittlungen

Journalisten der gesamten Medienbranche sehen sich nach wie vor mit Verhaftungen und strafrechtlichen Verfolgungen wegen ihrer Berichterstattung über für die Regierung heikle Themen konfrontiert, insbesondere über militärische Operationen, dem wirtschaftlichen Rückgang, der Kurdenproblematik und anderer türkischen Minderheitengruppen. In diesem Jahr zählt auch die Berichterstattung über die Covid-19-Pandemie dazu, da IPI zwischen März und August 13 Vorfälle verzeichnete, bei denen Journalisten aufgrund ihrer Berichterstattung über Covid-19-Fälle⁶ inhaftiert, untersucht oder mit systematischen Verletzungen ihrer Rechte konfrontiert wurden. Während der Pressefreiheitsmission bestätigten Journalisten und Redakteure, dass diese Verletzungen eine sehr abschreckende Wirkung auf die Medienberichterstattung über Covid-19 hatten, wodurch die unabhängige Berichterstattung erfolgreich erstickt und sichergestellt wurde, dass die Darstellung der Regierung dominierte.

Die Verhaftungen von Journalisten geben nach wie vor Anlass zu großer Sorge. Seit Beginn des Jahres 2020 wurden mindestens 22 Journalisten verhaftet, von denen einige bereits wieder freigelassen wurden, während die Ermittlungen gegen sie weitergehen. Bis November 2020 wurden im Jahr 2020 mindestens 130 Anhörungen von Journalisten als Angeklagte durchgeführt, trotz der Pause zwischen März und 15. Juni aufgrund der Covid-19⁷-Maßnahmen. Den monatlichen Presseberichten von Gazete Karınca zufolge wurden in den ersten acht Monaten des Jahres 2020 mindestens 30 neue Ermittlungen oder Gerichtsverfahren gegen Journalisten eingeleitet.⁸

Körperliche Übergriffe auf Journalisten geben Anlass zu wachsender Besorgnis, da seit April 2020 zehn Übergriffe verzeichnet wurden. Dazu gehören Fälle, in denen Journalisten von der Polizei ins Visier genommen wurden, während sie über Proteste berichteten, oder von unbekanntem Angreifern attackiert wurden, die von Staatsbeamten oder Politikern wegen Kritik an der Regionalpolitik oder der Aufdeckung von Korruption angestiftet worden waren. Zu den Angriffen zählen eine Schießerei auf ein Wohnhaus eines Journalisten in Antalya, das in Brand setzen eines

⁶ Siehe IPIs Covid-19 Tracker für mehr Details <https://ipi.media/covid19-media-freedom-monitoring/>

⁷ Gemäß IPI-Verfahrenskalender <https://freeturkeyjournalists.ipi.media/trials-calendar/>

⁸ Monatliche Presseberichte, Gazete Karınca <https://gazetekarınca.com/category/basin-raporu/>

Autos einer lokalen Journalistenvereinigung in Nevşehir und das Abfeuern von Schüssen auf ein Gebäude einer lokalen Zeitung, Ses Kocaeli, nach dessen kritischer Berichterstattung.⁹

Viele Journalisten erhalten weiterhin online Drohungen und Belästigungen, einschließlich Todesdrohungen. Auf verbale Angriffe von Regierungsbeamten folgten häufig Ermittlungen und Verhaftungen von Journalisten. Anfang dieses Jahres gingen die verbalen Angriffe von Innenminister Süleyman Soylu auf zwei Journalisten, İsmail Dükel von TELE1 und Müyesser Yıldız von Odatv¹⁰, ihren Verhaftungen wegen „militärischer Spionage“ voraus.¹¹ Soylu beschuldigte Yıldız, „terroristische“ Sympathien zu hegen, nachdem er Soylus Ankündigung einer militanten Lagerübernahme korrigiert hatte. Yıldız blieb bis zum 9. November 2020¹² im Gefängnis.

Bei einem Treffen mit der Menschenrechtsabteilung des Justizministeriums forderte die Delegation mehr Maßnahmen zum Schutz von Journalisten und drängte die Behörden, alle Angriffe auf Journalisten zu verurteilen und umfassend zu untersuchen. Die Vertreter des Ministeriums wichen der Frage aus und erklärten, dass Richter und Staatsanwälte für die Ergreifung von Maßnahmen zuständig und völlig unabhängig sind und vom Rat der Richter und Staatsanwälte (HSK) überwacht werden, der ebenfalls "unabhängig" handelt.

Vertreter des Justizministeriums behaupteten auch, dass die Richter dank des Justizreformpakets „in den meisten Fällen nicht einmal mehr Journalisten verhaften“, wobei sie die Einschüchterung von Journalisten ignorieren, wenn gegen sie fälschlicherweise strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet werden. Die Delegation unterstrich, dass sich die „Reformen“ nicht in den Gerichtshandlungen vor Ort widerspiegeln und dass das Justizministerium mehr für den Schutz von Journalisten durch eine wirksame Überwachung des Gerichtswesens tun müsse.

⁹ Plattform-Alarm des Europarates <https://go.coe.int/INpvR>

¹⁰ „Soylu richtete sich an Journalisten Yıldız, Yıldız antwortete“ <https://www.cumhuriyet.com.tr/haber/soylu-gazeteci-muyesser-yildizi-hedef-aldi-yildizdan-yanit-geldi-1739729>

¹¹ „Journalist Müyesser verhaftet“ <https://bianet.org/english/law/225585-journalist-muyesser-yildiz-arrested>

¹² „Gericht lässt Journalisten Müyesser Yıldız im Fall von Militärspionage frei“, Bianet <https://bianet.org/english/freedom-of-expression/234110-court-releases-journalist-muyesser-yildiz-in-military-espionage-case>

II. Gerichtliche Unabhängigkeit

Das Herzstück der Kontrolle des öffentlichen Diskurses durch die Regierung ist die rücksichtslose Vereinnahmung der Justiz und der Medienaufsichtsbehörden, die, um als wirksame demokratische Institutionen zu funktionieren, befähigt sein müssen, unabhängig von politischem Interesse und Druck zu agieren.

Die systematische Untergrabung der Gerichte und Regulierungsbehörden durch das Einsetzen von parteitreuen Beauftragten und einer vertikalen Machtstruktur über alle Autoritätshebel hinweg hat sie jedoch zu einer Erweiterung der Macht des Präsidenten gemacht.

Das systematische Durchgreifen, die anschließende Krise der richterlichen Unabhängigkeit und das langfristige Dahinschwinden der Achtung fairer Gerichtsverfahren im Gerichtssaal haben einen Dominoeffekt auf alle Grundrechte gehabt. Ohne eine unabhängige Justiz ist die Öffentlichkeit nicht mehr fähig, den Missbrauch willkürlicher Macht anzuprangern und zu bekämpfen und ihre eigenen Rechte, insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung, durchzusetzen.



3.947 Richter und Staatsanwälte sind seit Juli 2016 entlassen worden.

berichtete Justizminister Abdülhamit Gül am 10. November 2020

Einem Bericht zufolge, der von IPI und der in der Türkei ansässigen Media and Law Studies Association (MLSA) veröffentlicht wurde und der über einen Zeitraum von zwölf Monate Journalistenprozesse bis März 2020¹³ beobachtete, ist die Untersuchungshaft von Journalisten eine gängige und willkürliche Praxis, die Journalisten abschreckt und den Druck zur Selbstzensur erhöht. Während des Beobachtungszeitraums dieses Berichts wurde das Recht auf den gesetzlichen Richter in 27 Prozent der Fälle verletzt, indem mindestens ein Mitglied des Gerichtsgremiums im Laufe des Prozesses ausgetauscht wurde. Änderungen in der gerichtlichen

¹³ Türkei Free Expression Trial Monitoring Abschlussbericht, März 2020

https://freeturkeyjournalists.ipi.media/wp-content/uploads/2020/07/ENG_TMReport_0702.pdf

Kammer wurden dazu benutzt, Richter einzuschüchtern, damit sie nicht gegen politische Interessen entscheiden.

Das Grundproblem, mit dem die Justiz konfrontiert ist, ist das Nominierungsverfahren für den Rat der Richter und Staatsanwälte (HSK), der für die Ernennung, Förderung und Disziplinierung von Richtern zuständig ist. Im April 2017 wurde das Verfahren der Direktwahl durch die Richter selbst zugunsten der Nominierung durch die Exekutive und Legislative geändert, wobei der Präsident sechs der 13 HSK-Mitglieder und das Parlament 7 ernennen kann. Damit erhält die regierende AKP-MHP-Koalition die direkte Kontrolle über die Auswahl aller Mitglieder des HSK, der für die Ernennung von Richtern und Staatsanwälten zuständig ist.

Angesichts der fast 4000 Richter, die ihren Ämtern enthoben wurden, nachdem sie nach dem Putschversuch vom Juli 2016 der Mitgliedschaft in der Gülen-Bewegung beschuldigt worden waren, und der Ernennung einer neuen Generation unerfahrener Richter, wurde die Macht über den HSK genutzt, um das Justizwesen im Sinne der politischen Pro-AKP-MHP Linie umzugestalten. Am 10. November 2020 berichtete Justizminister Abdülhamit Gül während der Haushaltsplanungssitzung für das Jahr 2021, dass seit Juli 2016 3.947 Richter und Staatsanwälte entlassen worden seien¹⁴.

Sogar die ursprünglichen Pläne zur Stärkung des Grundsatzes der Unbeweglichkeit von Richtern, wie sie in der Justizreformstrategie dargelegt sind, einschließlich der Einführung objektiver Kriterien für die Ernennung, Versetzung und Beförderung von Richtern sowie Zusicherungen, die es den Richtern ermöglichen würden, eine Versetzung abzulehnen, was den Anschein einer Wiedergutmachung gehabt haben könnten, wurden aus dem endgültigen Justizreformpaket zurückgenommen. Tatsächlich wies der HSK kurz nach der Ankündigung des JRS die Versetzung von 3.722 Richtern und Staatsanwälten an, was gegen das Prinzip der Unbeweglichkeit verstieß¹⁵.

Bedauerlicherweise lehnte der HSK die Anfrage auf ein Treffen mit der Pressefreiheitsmission ab.

Eine der verbliebenen Institutionen, die sich in den letzten Jahren teilweise gegen die Politisierung der Justiz zur Wehr gesetzt und sich für den Schutz der Grundrechte eingesetzt hat, ist das türkische Verfassungsgericht (TCC). Die Pressefreiheitsmission traf sich mit einer fünfköpfigen Delegation von TCC-Berichterstattem unter der Leitung des Generalsekretärs Murat Şen und des

¹⁴ Erklärung des Justizministeriums, 10. November 2020 <https://basin.adalet.gov.tr/adalet-bakanligi-2021-butcesi-plan-ve-butce-komisyonu-nda-kabul-edildi>

¹⁵ „3722 Richter und Staatsanwälte wurden umgesiedelt“, Odatv <https://odatv4.com/3722-hakim-ve-savcinin-yeri-degisti-31051950.html>

stellvertretenden Generalsekretärs Mücahit Aydın, um die Gerichtsakten in Fällen der Meinungsfreiheit zu diskutieren.

Die Pressefreiheitsmission erkundigte sich nach dem Versäumnis der Gerichte, in Fällen der freien Meinungsäußerung, bei denen es sich oft um eine anhaltende Rechtsverletzung handelt, Prioritäten zu setzen und rasch zu handeln. Die Pressefreiheitsmission forderte insbesondere die Priorisierung von Fällen im Zusammenhang mit Online-Regulierung und Berufungen gegen die Sperrung von Websites. Solche Fälle sind nicht nur eine anhaltende Verletzung des Rechts der Öffentlichkeit auf Zugang zu Informationen, sondern würden, sobald sie durch das Gericht geklärt sind, auch als Pilotfälle im Online-Bereich dienen und Präzedenzfälle schaffen, denen die Vorinstanzen folgen könnten.



Treffen mit dem Verfassungsgericht in Ankara, 8. Oktober 2020

Das TCC hat, oft mit erheblicher Verzögerung, schließlich einige positive Urteile gefällt, um die Meinungsfreiheit online und offline zu schützen. Die Vorinstanzen ignorieren diese Urteile jedoch zunehmend; so haben sie sich beispielsweise in einigen Fällen geweigert, die Sperrung von Websites aufzuheben.

Sendika.org wurde erstmals im Juli 2015 blockiert und musste viereinhalb Jahre warten, bevor das TCC im März 2020 entschied, dass die Blockierung von Sendika.org eine Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung darstellt. Obwohl das TCC eine zweite Entscheidung in einem separaten Fall im September 2020 erließ, um die Blockade von Sendika.org aufzuheben, weigerten sich die

Vorinstanzen bis Ende Oktober zu handeln, nachdem der EGMR die Türkei aufgefordert hatte, sich bezüglich einem von Sendika.org in Straßburg eingebrachte Beschwerde zu verteidigen. Erst zu diesem Zeitpunkt wiesen die türkischen Gerichte formell die Freigabe von über 100 Websites und Twitter-Accounts, darunter die von Sendika.org und der Nachrichtenagentur Dicle, an.

Artikel 153 der türkischen Verfassung besagt, dass die Urteile des TCC endgültig sind. Die Urteile sind daher für die Vorinstanzen bindend, und die Weigerung, sich an sie zu halten, untergräbt die Rechtsstaatlichkeit und den Grundsatz der Rechtssicherheit. Der einzige Mechanismus, der dem TCC derzeit zur Verfügung steht, um die Vorinstanzen zu sanktionieren, besteht darin, dem HSK Berichte über das Versäumnis einzelner Richter vorzulegen, den Urteilen des TCC nachzukommen.

Bei unserem Treffen erkannte der TCC das Problem und behauptete, dass die Vorinstanzen ihre Urteile oft nicht verstehen und bezeichnete solche Fälle als „Verkehrsunfälle“. Das Gericht plant, dieses Problem durch die Einrichtung einer neuen Instanz anzugehen, die mit Unterstützung des Europarates die Vorinstanzen ausbilden und ihnen die Befolgung der Urteile des TCC erleichtern soll. Das Projekt wird voraussichtlich im Februar 2021 beginnen.

Die wachsenden Spannungen innerhalb der Justiz zwischen dem TCC und den Vorinstanzen und die offensichtliche Feindseligkeit, mit der die Regierung einige der TCC-Urteile aufgenommen hat, haben seit September zu einem erneuten Aufruf zur Umstrukturierung des TCC geführt, der von dem nationalistischen MHP-Führer Devlet Bahçeli geleitet und von Präsident Erdogan unterstützt wird. Justizminister Abdulhamit Gül sagte am Tag des Treffens der Pressefreiheitsmission mit dem TCC seine Unterstützung zu. Zwar sind noch keine Pläne für die Umstrukturierung vorgelegt worden, doch wird erwartet, dass sie die Unabhängigkeit des TCC weiter untergraben würden.

Ein solcher Schritt würde eine Verfassungsänderung erfordern, was die Wahrscheinlichkeit einer solchen Änderung verringert. Darüber hinaus wird im Jahr 2022 eine Reihe von Richtern des TCC durch das Rotationssystem ersetzt werden, und die neuen Richter werden vom Präsidenten nominiert, so dass die Regierung das Gericht umgestalten kann. In der Zwischenzeit sollte die Fähigkeit der Regierung, Druck auf das TCC auszuüben und die Justiz im weiteren Sinne zu ermutigen, die Urteile des TCC zu ignorieren und damit der Rechtsstaatlichkeit irreparablen Schaden zuzufügen, nicht unterschätzt werden.

III. Manipulation der Regulierungsorgane

Die Pressefreiheitsdelegation hob hervor, wie die in der Türkei verbliebenen kritischen Zeitungen, Nachrichten-Websites und Rundfunkanstalten durch einen Anstieg der von den Medienaufsichtsbehörden in den letzten zwei Jahren verhängten Bußgelder und Strafen unter immensen finanziellen und zensuralen Druck gesetzt wurden. Staatliche Regulierungsbehörden wie der Hohe Rundfunk- und Fernsehrat (RTÜK), die öffentliche Werbeagentur (BİK) und die Behörde für Informations- und Kommunikationstechnologien (BTK), die ursprünglich als autonome Organe zur Regulierung und zum Schutz der Qualität, Unabhängigkeit und Vielfalt der türkischen Medien eingesetzt wurden, sind nun unter die Kontrolle der AKP-MHP-Koalition und der Präsidentschaft gefallen. Die Pressefreiheitsmission bat um Treffen mit dem RTÜK-Präsidenten und BTK-Vertretern. Beide Anfragen blieben unbeantwortet.

Agentur für Pressewerbung (BİK)

Eine vom IPI geführte Delegation von fünf Pressefreiheitsorganisationen traf sich am 6. Februar 2020¹⁶ nach Werbeverböten für die Zeitungen BirGün und Evrensel mit BİK Direktor Ridvan Duran.

Seit Duran im August 2019 ernannt wurde, hat es einen starken Anstieg an Werbeverböten für unabhängige Zeitungen wie Evrensel, BirGün, Sözcü und Cumhuriyet gegeben. Evrensel und BirGün erhielten im September 2019 unbefristete Werbeverböte, wodurch die öffentliche Finanzierung der Zeitungen, eine wichtige Einnahmequelle, vollständig wegfiel. Das unbefristete Verbot für BirGün wurde am 25. Februar aufgehoben, während Evrensel bis zu einer abschließenden Bewertung durch BİK weiterhin dem unbefristeten Verbot unterliegt. Fällt die abschließende Bewertung negativ aus, wird Evrensel das Recht auf öffentliche Werbung für mindestens drei Jahre entzogen.

BİK macht weder Berichte über seine Aktivitäten öffentlich noch veröffentlicht sie Informationen darüber, wie viel Geld sie an Zeitungen verteilt, wer die Begünstigten sind oder welche Zeitungen Verböte erhalten haben und warum.

Trotz dieses Mangels an Transparenz hat IPI interne Berichte von BİK gesehen, aus denen hervorgeht, dass BİK in den ersten fünf Monaten des Jahres 2020 für 39 nationale und lokale Zeitungen Verböte von insgesamt 316 Tagen ausgesprochen hat. Zum Vergleich: In den ersten

¹⁶ „Türkei: Globaler Aufruf zur Aufhebung des Werbeverböts für unabhängige Zeitung Evrensel“, IPI Statement <https://freeturkeyjournalists.ipi.media/turkey-global-call-to-lift-public-ad-ban-on-independent-newspaper-evrensel/>

neun Monaten des Jahres 2019 verhängte BİK Werbeverbote für sechs Zeitungen mit einer Gesamtdauer von nur neun Tagen.

Hoher Rundfunk- und Fernsehrat (RTÜK)

Im Rahmen der Pressefreiheitsmission traf eine kleine Delegation in Ankara mit İlhan Taşçı, dem CHP-Mitglied von RTÜK, zusammen. Taşçı ist eines der drei Mitglieder der Oppositionspartei im Hohen Rat des RTÜK, der über Sendeverbote und finanzielle Sanktionen entscheidet.

Der RTÜK, der 1994 durch die türkische Verfassung gegründet wurde, hat eine einzigartige Struktur von neun Mitgliedern, die vom türkischen Parlament auf der Grundlage der parlamentarischen Vertretung ernannt werden, und jede Änderung seiner Struktur würde eine Änderung der Verfassung erfordern. Die Verteilung der RTÜK-Mitglieder, basierend auf ihrer Nominierung durch die politischen Parteien, ist wie folgt: AKP (4), MHP (2), CHP (2), HDP (1). Der Vertreter der HDP, Ali Ürküt, befindet sich nach seiner Verhaftung am 2. Oktober zusammen mit 16 weiteren HDP-Politikern im Rahmen eines anhaltenden scharfen Vorgehens gegen die Partei in Untersuchungshaft. Der RTÜK entscheidet mit absoluter Mehrheit und benötigt mindestens 5 Stimmen der Mitglieder, um eine Entscheidung zu treffen. Die von AKP und MHP ernannten Mitglieder können also allein entscheiden.



Pressefreiheitsdelegation trifft sich mit RTÜK-Mitglied İlhan Taşçı in Ankara, 8. Oktober 2020

Normalerweise überwachen die Mitarbeiter des RTÜK rund 1.700 Radio- und Fernsehsender auf mögliche Verstöße gegen die Sendeordnung und geben Meldungen über Verstöße in ein elektronisches System ein. Der RTÜK-Vorsitzende legt die Berichte dann den Mitgliedern des Hohen Rates in regelmäßigen Sitzungen zur Auswertung vor. Taşçı teilte der Pressefreiheitsmission jedoch mit, dass in den letzten Jahren rund 100 erfahrene Beamte unter dem Decknamen Strategieentwicklung in eine andere RTÜK-Abteilung „verbannt“ und durch neue regierungstreue Mitarbeiter ersetzt worden seien.

In den letzten drei Jahren haben diese jungen Beamten nun Berichte über Verstöße direkt dem RTÜK-Vorsitzenden, Ebubekir Şahin, zur Genehmigung vorgebracht, bevor sie die Fälle in das elektronische System hochladen, das schließlich in den Ratssitzungen besprochen wird. Daher, so unterstrich Taşçı, sehen die Mitglieder nicht mehr alle Warnmeldungen im System, sondern nur noch die ausgewählten, die der Regierung stark kritisch gegenüberstehen.

Taşçı ist derzeit das freimütigste Mitglied des RTÜK, der Statistiken und Berichte über die Sendeverbote des RTÜK der Öffentlichkeit zugänglich macht. Taşçı's ehemaliger CHP-Kollege und langjähriger Hürriyet-Ombudsmann Faruk Bildirici wurde von seiner Position in RTÜK entlassen, nachdem ihm vorgeworfen wurde, seine Position missbraucht zu haben. Bildirici hatte sich in seiner Kritik an der systematischen Korruption innerhalb des RTÜK recht offen gezeigt.

Während dem RTÜK im August 2019 neue Befugnisse¹⁷ zur Überwachung von Internet-Sendungen gewährt wurden, berichtete Taşçı, dass die Priorität des RTÜK darin besteht, die Einschüchterung vierer Fernsehsendern fortzusetzen: HALK TV, TELE1, KRT und FOX TV. Im Juli erhielten HALK TV und TELE1 fünftägige Sendeverbote wegen kritischer Kommentare von

İlhan Taşçı
@ilhantasci

RTÜK Başkanı Ebubekir Şahin, kendisine kimsenin talimat vermediğini ama Cumhurbaşkanının talimatını emir telakki edeceğini açıkladı. Talimat almadığını söylediği dönemki muhalif kanallara verilen cezaların tablosu bu! Bir de talimat aldığıında yapacaklarını siz düşünün...

Translate Tweet

01.01.2019 TARİHİNDEN 15.05.2020 TARİHİNE KADAR UYGULANAN YAPTIRIM KARARLARI			
RTÜK muhalifleri cezalandırıyor			
YÜRÜ KURULUŞU	TOPLAM YAPTIRIM SAYISI	YÜRÜ KURULUŞU	TOPLAM YAPTIRIM SAYISI
A HABER	0	HALK TV	10 İdari Para Cezası 3 Yayın Durdurma (Toplam 12 Program)
KANAL 7	0	TELE 1	8 İdari Para Cezası 3 Yayın Durdurma (Toplam 10 Program)
TV NET	0	FOX	7 İdari Para Cezası 1 Yayın Durdurma (Toplam 3 Program)
ATV	1 Uyarı 1	KRT	3 İdari Para Cezası 1 Yayın Durdurma (Toplam 2 Program)
ÜLKE TV	1 Uyarı 1		
TGRT HABER	1 İdari Para Cezası 1		

İlhan Taşçı | Radyo ve Televizyon Üst Kurulu Üyesi

6:29 AM · May 18, 2020 · Twitter for iPhone

2.7K Retweets 128 Quote Tweets 9.4K Likes

¹⁷„Neue Befugnisse des türkischen Medienwächters bedrohen letzte Bastion der freien Presse: Das Internet“, IPI-Artikel von Selin Uğurtaş <https://freeturkeyjournalists.ipi.media/new-powers-of-turkeys-media-watchdog-threaten-last-bastion-of-free-press-the-internet/>

Fernsehmoderatoren - sogar mit Kritik an einer historischen osmanischen Figur¹⁸. Sollten diese Sender ein zweites Verbot nach der gleichen Regulierungsklausel erhalten, werden ihnen die Lizenzen entzogen.

In einem Social-Media-Post im Mai 2020 veröffentlichte Taşçı Statistiken¹⁹, aus denen hervorgeht, dass die vier Fernsehsender in den vergangenen 18 Monaten insgesamt 36 Sanktionen erhielten, während die regierungsfreundlichen Mainstream-Sender sechs erhielten.

Behörde für Informations- und Kommunikationstechnologien (BTK)

BTK, die im Jahr 2000 gegründete nationale Regulierungs- und Inspektionsbehörde für Telekommunikation, ist für die Überwachung der Einhaltung der Vorschriften im Onlinebereich zuständig. In der Praxis führt sie eine umfassende Zensur von Online-Inhalten durch.

Nach türkischem Strafrecht können Websites entweder von den Gerichten durch eine „Schutzmaßnahme“ oder von der BTK durch eine Verwaltungsanordnung gesperrt werden. BTK kann diese Verwaltungsanordnung gemäß Artikel 8 des Gesetzes 5651 als Reaktion auf eine Vielzahl von Angelegenheiten erlassen, darunter Inhalte über Glücksspiel, Kindesmissbrauch, Obszönität, Drogenkonsum und Prostitution. Im Jahr 2015 erhielt BTK die Befugnis, Verwaltungsmaßnahmen zur vorübergehenden Entfernung oder Sperrung von Inhalten auf der Grundlage eines neuen Artikels 8/A zu ergreifen, um „die individuellen Rechte auf Leben und Eigentum, die nationale Sicherheit, die öffentliche Ordnung, die allgemeine öffentliche Gesundheit oder die Verhinderung von Straftaten“ zu schützen. Diese neue Regelung ermöglicht es, eine Website ohne Gerichtsbeschluss zu sperren, „wenn eine Verzögerung des Gerichtsbeschlusses zur Sperrung des Zugangs ungünstig ist“.

BTK hat von dieser Befugnis in großem Umfang Gebrauch gemacht, um Websites kritischer Medien in der Türkei zu blockieren. Laut dem Bericht von EngelliWeb²⁰ aus dem Jahr 2019 blockierte BTK zwischen 2015 und 2019 über 21.000 Websites und Domains unter Verwendung von Artikel 8/A. Fast 2.000 dieser Websites waren Nachrichten-Websites und 669 waren URLs von bestimmten Nachrichtenartikeln.

¹⁸ „IPI verurteilt 5-tägiges Sende- und Verbreitungsverbot für türkische Fernsehsender Halk TV, TELE1“, IPI-Erklärung <https://freeturkeyjournalists.ipi.media/ipi-condemns-5-day-broadcast-bans-on-turkeys-halk-tv-tele1>

¹⁹ Taşçı, İlhan <https://twitter.com/ilhantasci/status/1262238847615864832>

²⁰ „Buz Dağının Görünmeyen Yüzü“, İfade Özgürlüğü Derneği EngelliWeb 2019 Bericht“ https://ifade.org.tr/reports/EngelliWeb_2019.pdf

IV. Social-Media-Gesetz

Im Juli 2020 führte die türkische Regierung ein neues Gesetz zu den sozialen Medien²¹ ein, das eine verstärkte Kontrolle und Zensur über Anbieter von Online-Inhalten und sozialen Netzwerken vorsieht. Das Gesetz wurde in das bestehende Gesetz 5651 über die Regelung von Internet-Veröffentlichungen und die Bekämpfung von Straftaten, die durch diese Veröffentlichungen begangen werden, aufgenommen.

Ab dem 1. Oktober 2020 sind Social-Media-Unternehmen verpflichtet, rechtliche Vertreter zu ernennen und alle Nutzerdaten türkischer Bürger auf Server innerhalb der Türkei zu übertragen. Für den Fall, dass Unternehmen dem nicht nachkommen, sieht das Gesetz eine Reihe von Maßnahmen vor, darunter die Reduzierung der Bandbreitenkapazität, bis sie nicht mehr in der Türkei tätig sein können.

Das Gesetz ebnet den Behörden den Weg, Social-Media-Unternehmen dazu zu zwingen, Inhalte zu entfernen und Benutzerdaten auf Anweisungen der hoch politisierten türkischen Regulierungsbehörden und Gerichten herauszugeben, die sich auf die locker formulierten türkischen Definitionen von Terrorismus und anderen Verbrechen stützen, die zur Verfolgung unabhängiger Kritiker und Journalisten verwendet werden.

Bis heute hat keines der großen Social-Media-Unternehmen wie Facebook, Twitter und Google formell angekündigt, wie sie auf das Gesetz reagieren wollen.

Was steht auf dem Spiel? Regierungs- und Aufsichtsbehörden erteilen Social-Media-Unternehmen täglich Hunderte von Aufträgen, Inhalte zu entfernen und die Unternehmen kommen einem Teil davon nach. Laut dem Transparenzbericht von Twitter für den Zeitraum Juli bis Dezember 2019²² kamen von den weltweit 27.500 rechtlichen Aufforderungen zur Entfernung von Inhalten, die sie erhielten, 19 Prozent aus der Türkei. Twitter kam insgesamt 31 Prozent dieser Aufforderungen nach. Twitter berichtete, dass es allein während der türkischen Militäroperationen in Syrien im Oktober 2019 über 1.000 Anfragen zur Entfernung von Inhalten gemäß Artikel 8/A oder Gesetz 5651 erhalten habe.

Anfragen, die sich auf Accounts von Journalisten und Medienunternehmen bezogen, keine Maßnahmen ergriffen wurden.

Von 193 überprüften Benutzerkonten von Journalisten und Nachrichtenagenturen, die Gegenstand rechtlicher Forderungen waren, hielt Twitter 13 Tweets in der Türkei wegen Verstößen

²¹ Offizielles Amtsblatt <https://www.resmigazete.gov.tr/eskiler/2020/07/20200731-1.htm>

²² Twitter-Transparenz-Berichte
<https://transparency.twitter.com/en/reports/removal-requests.html#2019-jul-dec>

gegen das Anti-Terror-Gesetz zurück. Der Twitter-Bericht unterstreicht, dass für die verbleibenden.

Der Transparenzbericht von Facebook für den gleichen Zeitraum von Juli bis Dezember 2019 zeigte, dass Facebook 79 Prozent der Datenanfragen der türkischen Regierung beantwortete. Der Bericht enthält keine Einzelheiten zu den angeforderten Daten, sondern besagt, dass sie „in Übereinstimmung mit geltendem Recht“ und im Einklang mit einem „rechtlichen Verfahren“ stehen. Die Antwortrate bei Notfalanfragen lag bei 73 Prozent²³.



Die Pressefreiheitsmission ist besorgt, dass die Regierung das Gesetz weiterhin mit der Bekämpfung von Hassreden und mit der Beschuldigung der Social-Media-Unternehmen, die sich weigern, dem Gesetz nachzukommen, weil sie versuchen, der Steuerpflicht zu entgehen, rechtfertigen wird. Der wahre Zweck des Gesetzes besteht jedoch eindeutig darin, die letzte Instanz zu beseitigen, in der Journalisten und die breite Öffentlichkeit relative Freiheiten hatten, sich unzensuriert auszudrücken.

²³ Facebook-Transparenzbericht Juli-Dezember 2019

<https://govtrequests.facebook.com/government-data-requests/country/TR>

Laut dem Bericht von EngelliWeb²⁴ aus dem Jahr 2019 waren BTK-Anordnungen (gemäß Artikel 8 des Gesetzes 5651) für 69 Prozent aller im Jahr 2019 gesperrten Website-Domains verantwortlich. Von insgesamt 61.049 gesperrten Domains waren 42.145 auf BTK-Anordnungen und 16.797 auf Gerichtsentscheidungen zurückzuführen.

Während Social-Media-Unternehmen einigen Anforderungen zur Entfernung von Inhalten aus der Türkei nachgekommen sind, verpflichtet das neue Gesetz die Unternehmen, all diesen Anforderungen nachzukommen, und schafft damit die Voraussetzungen für eine umfassende digitale Zensur. Technologieunternehmen wären gezwungen, sich an das äußerst restriktive Verständnis der türkischen Regierung von Meinungsfreiheit zu halten. Durch die Einführung einer rechtlichen Präsenz in der Türkei mit einem namentlich ernannten Rechtsvertreter würden sie potenziell mit hohen Geldstrafen und sogar Gefängnisstrafen rechnen müssen, wenn sie sich den Anordnungen zur Entfernung von Inhalten widersetzen. Am 4. November 2020 gab ein türkischer Beamter auf Twitter bekannt, dass eine Reihe von Social-Media-Plattformen, darunter Facebook, Twitter und YouTube, zu einer Geldstrafe von jeweils 10 Millionen Türkischen Lira (ca. 1 Million Euro) verurteilt wurden, weil sie sich nach Ablauf einer 30-tägigen Einhaltungfrist nicht an die Vertretungspflicht gehalten hätten²⁵.

Die Verlagerung von Nutzerdaten auf Server in der Türkei stellt eine weitere Bedrohung für die Persönlichkeitsrechte der türkischen Bürger dar. Ohne angemessene Kontrollen oder Einschränkungen des Rechtsmissbrauchs könnte das möglicherweise zu einem Missbrauch personenbezogener Daten durch die Behörden, insbesondere gegen ihre Kritiker, führen.

Konkret ändert das Social-Media-Gesetz das bestehende „Gesetz 5651 über die Anordnung von Internet-Veröffentlichungen und die Bekämpfung von Straftaten, die durch diese Veröffentlichungen begangen werden“²⁶, das 2007 verabschiedet wurde. Es schreibt vor, dass soziale Netzwerke mit über einer Million Nutzern auf individuelle oder institutionelle Anträge auf Sperrung und Entfernung von Inhalten innerhalb von 48 Stunden reagieren müssen. Die Anforderung, einen Gerichtsbeschluss innerhalb von vier Stunden umzusetzen, bleibt unverändert²⁷. Die Nichteinhaltung dieser Fristen und die Nichteinhaltung der Vorschriften würde

²⁴ „Buz Dağının Görünmeyen Yüzü“, İfade Özgürlüğü Derneği EngelliWeb 2019-Bericht"
https://ifade.org.tr/reports/EngelliWeb_2019.pdf

²⁵ „IPI drängt Türkei, die Sanktionen gegen Technologieunternehmen im Rahmen des neuen Social-Media-Gesetzes aufzuheben“, IPI Statement <https://freeturkeyjournalists.ipi.media/ipi-urges-turkey-to-withdraw-the-sanctions-on-tech-companies-under-new-social-media-law/>

²⁶ Aktuelle Gesetzgebung <https://www.mevzuat.gov.tr/MevzuatMetin/1.5.5651.pdf>

²⁷ „Social-Media-Gesetz: Wie sieht die neue Regelung aus“, BBC Turkish
<https://www.bbc.com/turkce/haberler-dunya-53581303>

zu Geldstrafen von bis zu zehn Millionen Türkischen Lira (etwa 1,25 Millionen Euro) und einem Werbeverbot von bis zu drei Monaten führen. Bei weiteren Verzögerungen würde die Bandbreitenkapazität der Plattform um bis zu 50 Prozent und dann um bis zu 90 Prozent gesenkt werden, wodurch das Netzwerk funktionsunfähig werden würde.

Laut Fahrettin Altun, Kommunikationsdirektor des Präsidenten, ist das Gesetz notwendig, um die Bürger vor „kriminellen Handlungen wie sexuellem Missbrauch, Obszönität, Glücksspiel, Betrug, Anstiftung zu Verbrechen, terroristischer Propaganda und Beleidigung“ zu schützen.

Während des Treffens mit dem Justizministerium wurde der Delegation mitgeteilt, dass das Gesetz anderen Gesetzen ähnelt, die in Frankreich oder Deutschland zur Bekämpfung von Hassreden und Online-Missbrauch umgesetzt werden, und dass die Türkei jedes Recht habe, darauf zu bestehen, dass Benutzerdaten innerhalb des Landes bleiben. Die Pressefreiheitsmission stellte fest, dass es in der Türkei, anders als in Deutschland und Frankreich, an grundlegender Kontrolle und einem unabhängigen Justiz- und Berufungsverfahren fehle, das die Bürger vor grobem Missbrauch solcher Daten schützen könne.

Die drei Abgeordneten der Oppositionsparteien CHP, İYİ Partei und HDP, mit denen die Delegation zusammentraf, äußerten ebenfalls ernsthafte Besorgnis über den möglichen Missbrauch dieses Gesetzes und den Mangel an Kontrollen und Gegengewichten.

Die Abgeordneten unterstrichen das enorme Risiko, dass die Regierung die Macht erlangen könnte, die sozialen Medien auszuschalten. Ihrer Ansicht nach lähmt die vollständige Kontrolle der Regulierungsbehörden das Funktionieren der sozialen Netzwerke. Darüber hinaus bedroht das Social-Media- Gesetz den letzten Freiraum für kritische Ansichten, insbesondere für die Minderheitengemeinschaften der Türkei.

Die Pressefreiheitsmission ist besorgt, dass die Regierung das Gesetz weiterhin mit der Bekämpfung von Hassreden und mit der Beschuldigung der Social-Media-Unternehmen, die sich weigern, dem Gesetz nachzukommen, weil sie versuchen, der Steuerpflicht zu entgehen, rechtfertigen wird. Der wahre Zweck des Gesetzes besteht jedoch eindeutig darin, die letzte Instanz zu beseitigen, in der Journalisten und die breite Öffentlichkeit relative Freiheiten hatten, sich unzensuriert auszudrücken.

V. Internationale Diplomatie

The delegation completed its mission with meetings first with the head of political affairs at the European Union Delegation (EUD), Eva Horelova. The following day it then presented the preliminary findings of the mission to 17 diplomatic missions to Turkey at a webinar hosted by the British Embassy.

The mission noted that it welcomed the depth and breadth of the European Commission's Enlargement Progress report on Turkey published on October 6, which documents in detail the level of "serious backsliding" on freedom of expression in the past year.

However, it highlighted the stark contrast between the extensive work conducted by the EUD in exposing the failure of Turkey to respect democratic principles and protect basic human rights and the position taken by the Council of the European Union towards Turkey in its conclusions of October 1-2.

The Council of the European Union, in order to secure stability in the Eastern Mediterranean with respect to disputed off-shore drilling rights around Cyprus, has offered to launch talks on the modernization of the Customs Union and trade facilitation, people to people contacts, high level dialogues, and continued cooperation on migration issues, without any mention of the country's domestic human rights failings.

Without underestimating the importance of broader geopolitical stability in the Eastern Mediterranean and beyond, the offer to reward Turkey with talks on a Customs Union will be seen as a betrayal of European values and of the human rights activists in Turkey who look to Europe for inspiration and leadership.

Member States of the European Union must put basic human rights, including freedom of expression, back on the agenda, and make improvements in this field a pre-condition to improved relations with Turkey. Respect for basic human rights are essential for the long term stability and prosperity of the region.



This publication has been produced with the assistance of the European Union. The contents of this publication are the sole responsibility of the International Press Institute (IPI) or contributing organizations and can in no way be taken to reflect the views of the European Union.



#FreeTurkeyJournalists